

Die europäischen NATO-Mitglieder sollen ihre Verteidigungsausgaben spürbar erhöhen, um Donald Trump den Wind aus den Segeln zu nehmen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 113/16 – 19.08.16

Trumps Forderung an die NATO-Staaten, sich stärker an den Verteidigungskosten zu beteiligen, hat eine lange Geschichte

Von Slobodan Lekic

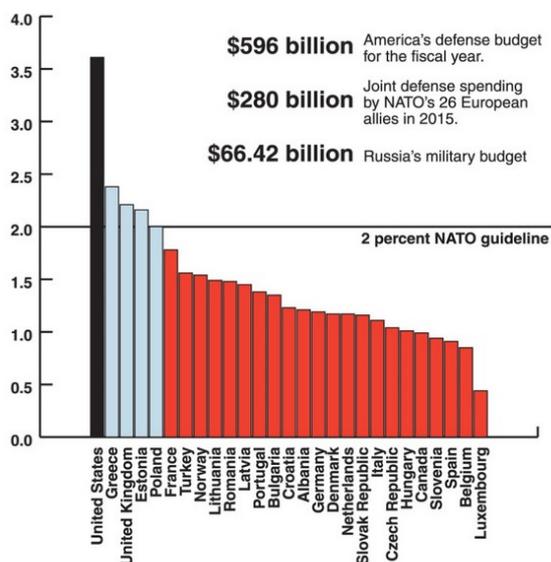
STARS AND STRIPES, 30.07.16

(<http://www.stripes.com/news/trump-s-claims-on-nato-burden-sharing-have-long-history-1.421645>)

Donald Trumps Drohung, Staaten die "keinen angemessenen Beitrag" zu ihrem Schutz leisten, von der Verteidigung auszuschließen, hat ein seit Jahren bestehendes Problem wieder hochgekocht: Die USA tragen den größten Teil der Kosten für die NATO, und die meisten ihrer europäischen Mitglieder sind nur Trittbrettfahrer.

Pulling their weight?

NATO members agreed in 2014 that they would reach a defense spending benchmark of 2 percent of GDP by 2024. At present, only four of America's NATO allies — Greece, Poland, Estonia and Britain — are meeting the target. the United States spends 3 percent of GDP on defense, while averages 1.4 percent.



SOURCES: Stockholm International Peace Research Institute; NATO Stars and Stripes

Der wiederholte Vorwurf Trumps hat nicht nur die Europäer verunsichert, sondern auch die Außenpolitiker der USA aufgeschreckt, die befürchten, dass der republikanische Präsidentschaftskandidat das Verteidigungsbündnis zerstören könnte, das seit mehr als einem halben Jahrhundert den Frieden in Europa sichert; das würde Russland eine dominierende Stellung auf dem europäischen Kontinent verschaffen.

"Das läge nicht im Interesse der USA, würde Europa unsicherer machen und wäre auch ein Sieg für Wladimir Putin," erklärte Derek Chollet, ein ehemaliger höherer Mitarbeiter des Weißen Hauses, der im Pentagon für die US-Verteidigungspolitik in Europa zuständig war.

US-Offizielle beklagen aber auch seit mindestens vier Jahrzehnten, dass die europäischen Verbündeten nicht genügend Geld für ihre Verteidigung ausgeben, und die einseitige Lastenverteilung zwischen den USA und Europa den US-Wählern immer schwerer zu vermitteln ist.

Die USA geben derzeit 3,9 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes / BIP für Verteidigung aus, die übrigen NATO-Mitglieder durchschnittlich nur 1,4 Prozent – wobei sich die USA auch im Pazifik und in Afrika engagieren, was die meisten Verbündeten nicht tun.

In einer 2011 in Brüssel gehaltenen Rede warnte US-Verteidigungsminister Robert Gates, der sowohl republikanischen als auch demokratischen Regierungen angehörte, die Europäer müssten endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Bereitschaft des US-Kongresses

und der US-Bevölkerung, immer mehr Geld zur Verteidigungen von Staaten auszugeben die selbst nicht dazu bereit wären, ständig abnahme.

"Zukünftige US-Politiker, die nicht mehr vom Kalten Krieg geprägt sind, wie ich das noch bin, könnten die Investitionen der USA in die NATO für zu hoch halten," fügte Gates hinzu.

Unter dem Druck aus Washington haben sich die NATO-Mitgliedsstaaten 2006 bereit erklärt, mindestens 2 Prozent ihres BIP für Verteidigung auszugeben.

Derzeit halten nur die vier europäischen Verbündeten Griechenland, Polen, Estland und Großbritannien diese Vorgabe ein, weil die Finanzkrise im Jahr 2008 in den meisten anderen Mitgliedsstaaten Ausgabenkürzungen zur Folge hatte.

Vor zwei Jahren hat sich die NATO nochmals zwei Prozent des BIP als Ziel gesetzt, das bis 2024 erreicht werden soll. Es ist jedoch unklar, ob Trump als Präsident die zwei Prozent für einen "angemessenen Beitrag" hielte.

Eine Anhebung des Prozentsatzes wäre politisch schwierig, weil es unter den europäischen NATO-Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der russischen Bedrohung gibt. Die Staaten, die am weitesten von der russischen Grenze entfernt sind, sehen sich kaum bedroht.

Einige Kritiker sehen das Problem weniger in der Höhe der Verteidigungsausgaben als in deren Verwendung. Weil sich Europa aus einem Flickenteppich kleinerer Staaten zusammensetzt, hat es auch viele kleine, im Kampf nicht besonders effektive Armeen.

Andere Kritiker, zu denen auch Trump gehört, wollen die Mittel zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und nicht zur Abschreckung Russlands verwenden, das viele US-Amerikaner und die Osteuropäer für die größere Bedrohung halten.

Trumps politischer Verbündeter Newt Gingrich ist noch deutlicher geworden. "Ich bin nicht sicher, ob ich wegen eines Kleinstaates, der ein Vorort von St. Petersburg sein könnte, einen Atomkrieg riskieren würde," sagte der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses am Mittwoch in einem CBS-Interview.

Außer dem Problem, wie wichtig die NATO überhaupt für die Außenpolitik der USA ist, beschäftigt die US-Steuerzahler auch die Frage, wie viele Dollars sie die NATO eigentlich insgesamt kostet.

Die Vereinigten Staaten tragen derzeit jährlich rund 685 Millionen Dollar zur Finanzierung des NATO-Hauptquartiers und 22 Prozent zum Haushalt der Allianz bei.

Das ist aber nur ein Teil der Ausgaben, die das Pentagon in Europa hat. Washington verbraucht viel mehr Geld für so genannte indirekte Ausgaben wie Militärmanöver, den Raketenabwehrschild, die Luftbetankung und die elektronische Kriegsführung durch Spionage, Überwachung und Aufklärung.

Die Gesamtkosten der US-Militärpräsenz in Europa sind nur schwer zu ermitteln, weil sie auf eine ganze Reihe von Aufgabenfeldern, Einrichtungen und Haushaltspositionen verteilt sind. So kostet zum Beispiel das Hauptquartier des EUCOM (in Stuttgart, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf) jährlich 127 Millionen Dollar, darin sind aber die Kosten für Manöver und andere Aktivitäten noch nicht enthalten.

Nach einer 2014 von der Rand Corporation (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/RAND_Corporation) erstellten Studie kostet ein in Europa stationierter US-Soldat jährlich 15.000 bis 40.000 Dollar; die Differenz erklärt sich aus den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den Stationierungsländern und dem von diesen übernommenen Anteil der Stationierungskosten. Derzeit sind noch rund 65.000 US-Amerikaner in Europa stationiert, vor 25 Jahren waren es noch über 200.000.

Sam Perlo-Freeman vom Stockholm International Peace Research Institute / SIPRI sagte, es sei nahezu unmöglich herauszufinden, welcher Anteil der US-Verteidigungsausgaben der NATO zufließe. "Man müsste eine willkürliche Trennung vornehmen, weil das US-Verteidigungsbudget nicht regional aufgeteilt ist."

"Wer behauptet, die USA gäben mehr für die Verteidigung Europas aus als die Europäer selbst, zieht diesen Sachverhalt meistens nicht in Betracht," fügte Perlo-Freeman hinzu, der bei SIPRI das Projekt Militärausgaben leitet.

Zu den von den US-Streitkräften in Europa verursachten Kosten müsste auch der Kostenanteil an NATO-Operationen wie dem 15-jährigen Krieg in Afghanistan addiert werden. Auch die Ausgaben für die der NATO zugeordneten US-Atomwaffen und andere Leistungen wären zu berücksichtigen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat Washington Sicherheitsabkommen mit mehr als 60 Staaten geschlossen und damit ein Netz geschaffen, das fünf Kontinente umspannt und nach einer neueren Untersuchung des Clingendael Institute of International Relations (s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/Netherlands_Institute_of_International_Relations_Clingendael) ein Viertel der Weltbevölkerung und 75 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung einschließt.

"Trumps Vorstellungen von Außenpolitik sind simpel – wer geschützt werden will, muss zahlen; die USA würden also zu einer Sicherheitsfirma, die man anheuern kann," stellt der niederländische Thinktank fest. "Alle US-Sicherheitsabkommen mit anderen Staaten müssten neu verhandelt werden, und viele blieben auf der Strecke, weil sie die USA zu sehr belasten."

Trevor Thrall (s. <http://www.cato.org/people/trevor-thrall>), ein führender Mitarbeiter des liberalen Cato Institute's in Washington (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Cato_Institute), erklärte, es sei ein "Mythos", dass Europa sich ohne die USA nicht gegen Russland verteidigen könne.

"Europa sollte sich durch Trumps Ankündigungen nicht einschüchtern lassen," empfiehlt er. "Die europäischen Staaten haben zusammen eine viel größere Wirtschaftskraft, höhere Verteidigungsbudgets und stärkere Streitkräfte als Russland."

Nach SIPRI-Angaben haben die 26 europäischen NATO-Verbündeten 2015 rund 280 Milliarden Dollar für Verteidigung ausgegeben, also viermal mehr als Russland, dessen Militärausgaben bei 66,42 Milliarden Dollar lagen.

"Der zweite Mythos ist, dass wir, wenn wir uns aus der NATO zurückzögen, den Kontakt zu den Europäern verlieren würden und ihnen nicht mehr helfen könnten, wenn die Russen über sie herfallen," gab Thrall zu bedenken. "Das ist lächerlich. Wir könnten weiterhin unsere geheimdienstlichen Erkenntnisse mit ihnen teilen und ihnen zur Hilfe kommen, wie wir das in beiden Weltkriegen getan haben."

Im Prinzip könnten die USA die NATO durch eine Reihe bilateraler Verteidigungsabkommen ersetzen, wie sie mit Australien, Japan und Südkorea abgeschlossen wurden – allerdings würde dieser Prozess Jahre dauern.

Die verwundbarsten NATO-Mitglieder, zu denen vor allem Polen und als ehemalige Sowjetrepubliken die drei baltischen Staaten gehören, haben besonders erschrocken auf Trumps Aussagen reagiert, hoffen aber, dass es sich nur um Wahlkampf-Rhetorik gehandelt hat, die keine Rolle mehr spielt, wenn Trump ins Weiße Haus einziehen sollte.

"Ich glaube nicht, dass wir uns wegen der Bemerkungen des Kandidaten Trump Sorgen machen müssen," sagte die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Dalia_Grybauskait%C4%97). "Wir wissen, dass die USA unser wichtigster Partner bleiben werden."

Miroslav Lazanski (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Miroslav_Lazanski), ein bekannter Verteidigungsanalyst aus Serbien, das nicht der NATO angehört, äußerte, Kandidaten präsentierten häufig neue Ideen und Versprechungen, die nach der Wahl schnell vergessen würden.

"Trump will damit nur Wähler gewinnen, denen die Ausgaben der USA für die NATO zu hoch sind. Wenn er ins Weiße Haus kommen sollte, sieht er das dann wieder ganz anders."

STARS AND STRIPES-Reporter John Vandiver hat zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel, der wichtige Zahlen und Überlegungen enthält, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Durch die Kommastellen bei den Verteidigungsausgaben Russlands wird bei flüchtigen Betrachtern der Grafik der Eindruck erweckt, sie seien ein Vielfaches der Summe der Verteidigungsausgaben der USA und der NATO. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Trump's claims on NATO burden-sharing have long history

By Slobodan Lekic

Published: July 30, 2016

Donald Trump's threat to end defense commitments to countries that do not pay "their fair share" has brought to a boil an issue that has been simmering for years — that NATO has become a free ride for Europe and an onerous burden to the United States.

Trump's oft-repeated comments have sent shock waves not only in Europe but among the U.S. foreign-policy community, which fears that the Republican presidential nominee could destroy an alliance system that maintained peace in Europe for more than a half century and propel Russia into a dominant position on the Continent.

"It would harm American interests, make Europe less secure, and be a victory for Vladimir Putin," said Derek Chollet, a former senior White House official who managed U.S. defense policy for Europe at the Pentagon.

But U.S. officials have been warning for at least four decades that the European allies weren't taking their defense commitments seriously and that the imbalance in contributions between Washington and Europe was getting harder and harder to explain to American voters.

The United States currently earmarks 3.9 percent of its gross domestic product on defense. The rest of NATO averages just 1.4 percent — although the U.S. maintains forces in areas such as the Pacific and Africa, where most of the allies do not.

In a 2011 speech in Brussels, Defense Secretary Robert Gates, who served in both Republican and Democratic administrations, warned that “the blunt reality is that there will be dwindling appetite and patience in the U.S. Congress, and in the American body politic writ large, to expend increasingly precious funds on behalf of nations that are apparently unwilling to devote the necessary resources ... in their own defense.”

“Future U.S. political leaders, those for whom the Cold War was not the formative experience that it was for me, may not consider the return on America's investment in NATO worth the cost,” Gates said.

Under pressure from Washington, NATO member states agreed in 2006 to spend at least 2 percent of their GDP.

At present, only four European allies — Greece, Poland, Estonia and Britain — are meeting the target, partly because the global recession of 2008 upended the spending programs of most other members.

Two years ago, NATO members reaffirmed the 2 percent spending target and set a new deadline of 2024 for meeting it. It's unclear, however, whether Trump as president would consider the 2 percent benchmark a “fair share.”

Raising the percentage would be politically difficult, especially given differences of opinion among European states over the seriousness of the Russian threat. Those countries farthest from Russia's borders are the most skeptical.

Some critics have maintained that the problem is not simply how much NATO spends but whether it's using the money wisely. Europe's patchwork of small countries has produced a welter of small armies that would be ineffective in combat.

Other critics, including Trump, have complained the alliance needs to shift resources from confronting Russia to Islamist terrorism, which many Americans as well as Europeans see as a more immediate threat.

Trump's political ally Newt Gingrich has been even more explicit. “I'm not sure I would risk a nuclear war over some place which is the suburbs of St. Petersburg,” the former House speaker said in a CBS interview Wednesday.

Besides the question of NATO's contribution to America's overall global foreign policy, simply calculating the “dollars and cents” cost of NATO membership to the U.S. taxpayer is complicated.

The U.S. currently spends about \$685 million annually to fund NATO's headquarters and pays 22 percent of the alliance budget.

But that represents only a portion of the Pentagon's expenditures in Europe. Washington spends much more on so-called indirect spending, the voluntary national contributions that pay for military exercises, ballistic missile defense, aerial refueling, electronic warfare and intelligence, surveillance and reconnaissance.

The total cost of the U.S. military's forward presence in Europe is hard to measure because of the range of missions, many lines of funding and separate service budgets. For example, the U.S. European Command's headquarters costs just \$127 million annually, but that doesn't account for the costs of all exercises and other mission-related items.

A 2014 analysis by the Rand Corp. estimated that it costs between \$15,000 and \$40,000 annually to station a servicemember in Europe, given higher costs of living and lower levels of host nation funding. There are about 65,000 Americans stationed in Europe, down from about 200,000 about 25 years ago.

Sam Perlo-Freeman from the Stockholm International Peace Research Institute said it was near impossible to figure out precisely how much the U.S. spends on NATO. "Exactly how you'd decide what proportion ... is NATO-related would be rather arbitrary (because) the U.S. defense budget is not disaggregated on a regional basis."

"The arguments about burden sharing, where much higher US military spending is contrasted with lower European levels, does not usually take account of this," said Perlo-Freeman, who heads SIPRI's project on military expenditures.

He said the costs of U.S. forces in Europe, as well as of NATO missions such as the 15-year war in Afghanistan, would have to be included in the calculation. It would also have to include those U.S. nuclear forces that relate to NATO and many other items.

Since World War II, Washington has concluded security pacts with more than 60 nations, creating a network that spans five continents covering a quarter of the world's population and 75% of global economic output, the according to recent report by the Clingendael Institute of International Relations.

"Trump-style foreign policy is simple — each favor comes at a heavy price, the U.S. in effect becoming a security firm for hire," the Dutch think tank said. "All treaties with foreign countries will have to be overhauled and many will fall by the wayside, because a lot of them are too much of a burden for America."

Trevor Thrall, a senior fellow at Washington's Cato Institute, a libertarian think tank, said it was a "myth" that Europe was somehow defenseless against Russia without the United States there to defend it.

"Europe should not be so scared, that's the bottom line here," Thrall said. "European countries have much larger economies, defense budgets and military establishments than Russia."

Joint defense spending by NATO's 26 European allies in 2015 totaled \$280 billion, SIPRI said. That figure is four times higher than Russia's military budget of \$66.42 billion, the institute said.

"The second myth is that if we pulled out of NATO we could never talk to the Europeans again and never come to their aid if the Russians somehow start marauding through Europe," Thrall added. "That's ridiculous. We could continue to share intelligence and come to the aid of Europe just as we did in both world wars."

In principle, the U.S. could replace NATO with a series of bilateral defense agreements such as those with Australia, Japan and South Korea, though the process could take years.

For their part, the most vulnerable NATO members, including Poland and the Baltic states that were once part of the Soviet empire, have reacted cautiously to Trump's remarks, hoping they are simply campaign rhetoric that will disappear if he wins the White House.

"I do not think interpretations of candidate Trump's remarks are necessary," Lithuanian President Dalia Grybauskaitė said. "We know that the United States will remain our most important partner."

Miroslav Lazanski, a prominent defense analyst in non-NATO member Serbia, said candidates often present fresh ideas and promises but then change their tune once in office.

"Trump is now free to voice these ideas which can attract voters, particularly when it comes to America's disproportionate contribution to NATO," he said. "But it will probably be a very different story if he ever gets into the White House."

Stars and Stripes reporter John Vandiver contributed to this report.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern